



2018/49 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2018/49/die-atomkraft-wiederaufbereiten>

Friedrich Merz ist der Kandidat der Atomlobby

Die Atomkraft wiederaufbereiten

Von **Detlef zum Winkel**

Der Wirtschaftsflügel der CDU lehnt den Atomausstieg weiterhin ab. Auch deshalb ist Friedrich Merz sein Wunschkandidat für den Parteivorsitz.

Friedrich Merz, der Wunschkandidat des Wirtschaftsflügels der Union, hat gute Aussichten, zum Parteivorsitzenden der CDU gewählt zu werden. Als er die Kampagne für seine Kandidatur begann, bemühte sich die *FAZ*, aufkeimende Unruhe zu besänftigen. »Der angeblich drohende ›Rechtsruck‹ der CDU ist ein Popanz«, schrieb Berthold Kohler, einer der Herausgeber der Zeitung. Merz werde »weder Mauern noch Atomkraftwerke« errichten lassen.

Das hatte freilich überhaupt niemand behauptet. Die suggestive Art der Argumentation lässt aufhorchen. Kohler möchte seinen Leserinnen und Lesern nahelegen, sie müssten sich um die Zukunft der Energiewende keine Sorgen machen. Doch wozu bräuchte der CDU-Wirtschaftsflügel dann einen Friedrich Merz? Die mächtige Interessengruppe in der Union hat von Anfang an gegen den Atomausstieg opponiert – so wie Merz, der 2010 zu den 40 Erstunterzeichnern des Aufrufs »Energiepolitischer Appell« gehörte, einer Kampagne von RWE, Eon, Vattenfall und EnBW gegen den Atomausstieg.

Dass Deutschland an der Verringerung des CO₂-Ausstoßes scheitert, ist wahr. Aber der Nachsatz, den die Atomlobby unaufhörlich formuliert und der auch von Merz aufgenommen werden dürfte, sollte er den CDU-Vorsitz erhalten, ist falsch.

Dieser Umstand ist nicht zu unterschätzen, zumal der Ausstieg bald in eine entscheidende Phase kommt. Spätestens bis zum 31. Dezember 2019, also noch im Lauf dieser Legislaturperiode, soll das AKW Philippsburg 2 stillgelegt werden. Unmittelbar nach der nächsten geplanten Bundestagswahl im Herbst 2021 wird es dann ernst: Spätestens zum 31. Dezember 2021 sollen die AKW Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen C vom Netz. Dieser Ablauf wurde in den jüngsten Koalitionsverhandlungen bestätigt. Das gefällt dem Wirtschaftsflügel der Union ganz und gar nicht, so wie ihm die gesamte Energiepolitik schon seit sieben Jahren nicht passt. Das ist zu berücksichtigen, wenn Merz, wie kürzlich in der Talkshow »Anne Will«, mit gedrückter Stimme sagt, dass die Bundesrepublik ihr Ziel der Reduktion der CO₂-Emissionen verfehle, und einen bedeutungsschweren Blick folgen lässt.

Dass Deutschland an der Verringerung des CO₂-Ausstoßes scheitert, ist wahr. Aber der Nachsatz, den die Atomlobby unaufhörlich formuliert und der auch von Merz aufgenommen werden dürfte, sollte er den CDU-Vorsitz erhalten, ist falsch: dass deshalb die AKW-Restlaufzeiten wieder einmal verlängert werden müssten und dass die »moderne Kernenergie« ein unverzichtbarer Bestandteil der zukünftigen Energiegewinnung sei. Mit solchen Argumenten hat Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron jüngst die beschlossene Energiewende um zehn Jahre verschoben.

Doch die sogenannte moderne Kernenergie, von der die Atomlobby so gern spricht, gibt es gar nicht. Es handelt sich in allen Fällen um die hinlänglich bekannte Art der Kernspaltung schwerer Kerne mit einer hochradiaktiven Palette von Spaltprodukten. Gemeint sind Atomreaktoren der Generation IV wie der modulare Thorium-Reaktor (molten salt reactor, MSR), der mit Flüssigsalz gekühlt wird. Diese Modelle wurden schon vor einigen Jahrzehnten in der anfänglichen Hochkonjunktur der Atomwirtschaft entworfen. Zurzeit werden die Pläne wieder hervorgekramt. Der Durchbruch blieb ihnen jedoch nicht ohne Grund versagt. Der Vorteil dieser Reaktoren soll darin bestehen, dass sie klein sind und kein Plutonium erzeugen. Damit sich das Ausgangsmaterial, das nicht spaltbare Thorium, in das spaltbare Uran 233 wandelt, benötigen sie einen Neutronenlieferanten, eine Art Zünder. Das kann aus physikalischen Gründen nur reines Uran 235 sein – also hochangereichertes, waffenfähiges Uran, das an alle Kunden verteilt werden müsste. Dies wird von Freunden des MSR tunlichst verschwiegen. Zudem fallen auch beim Betrieb solcher Reaktoren hochradioaktive Spaltprodukte an, selbst wenn kein Plutonium entsteht.

Zusammengefasst könnte man den alten Satz von »Murphys Gesetz«, wonach in komplexen Gebilden immer schiefgeht, was schiefgehen kann, folgendermaßen ergänzen: Die Weiterentwicklung einer Hochrisikotechnologie ist nicht mit einer Verminderung, sondern mit einer Steigerung des Risikos verbunden.

So bleiben als vermeintlich »neue und sichere Form der Nuklearenergie« die Reaktoren der Generation III. Bei allen handelt es sich um Weiterentwicklungen des klassischen Druckwasserreaktors. Diese Kraftwerke sind so groß, so komplex und so teuer, dass sie die gesamte Struktur der Energiewirtschaft verändern. Erbauer und Betreiber der Werke verschmelzen und sind ihrerseits von Großinvestoren und staatlicher Protektion abhängig. Die Reaktoren der Generation III haben mehrere Unternehmen, die sie entwickelt haben, bereits in den Ruin getrieben. Die südkoreanische Atomindustrie ist von schwerer Korruption geprägt, unter anderem wurden Sicherheitszertifikate gefälscht, um die Kosten zu senken. Der französische Atomkonzern Areva wurde mit viel staatlicher Hilfe und Lenkung in die Elektrizitätsgesellschaft EDF eingegliedert. Die Nuklearsparte des US-Konzerns Westinghouse wurde 1998 von British Nuclear Fuels gekauft und gelangte 2006 in den Besitz von Toshiba. Doch der japanische »Weltmarktführer im Nukleargeschäft« geriet nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima 2011 selbst in Schwierigkeiten und meldete schließlich im März 2017 Insolvenz für Westinghouse Nuclear an. Der Retter kam in Gestalt des US-Präsidenten. Donald Trump gelang es, den kanadischen Vermögensverwalter Brookfield Asset Management davon zu überzeugen, den insolventen Reaktorhersteller für 4,6 Milliarden Dollar zu übernehmen.

Brookfield verfolgt das gleiche Geschäftsmodell wie die Vermögensverwaltung Blackrock, für die Friedrich Merz tätig ist. Brookfields Finanzmacht ist jedoch wesentlich kleiner als die von Blackrock, und die beiden Unternehmen sind nicht ohne weiteres zu vergleichen. Dennoch ist die Übernahme von Westinghouse Nuclear ein guter Einwand gegen die derzeit oft gestreute Meinung, solche Finanzunternehmen seien nur treuhänderisch tätig und mischten sich nicht in die Politik ein. Selbstverständlich hält auch Blackrock Anteile im Nukleargeschäft.

Die ungewöhnlichen Finanzierungsarten und Besitzverhältnisse im Atomgeschäft tragen nicht zur Verbesserung der Sicherheit bei. Wer besitzt zurzeit eigentlich Westinghouse, wer trägt die Verantwortung? Rechtsanwälte, Ärzte, Landwirte, Sparkassen, die ihre überschüssigen Gewinne von Brookfield anlegen ließen? Man weiß es nicht. Sicher ist nur, dass die Besitzrechte von Anlagemanagern ausgeübt werden, die nicht über technisches und schon gar nicht über nukleartechnisches Fachwissen verfügen. Die These, Atomkraft sei angesichts des weltweiten - Klimawandels und des notwendigen Kohleausstiegs als Grundlastversorgung unverzichtbar, basiert auf der Behauptung, die Technologie der Energiespeicherung sei noch nicht weit genug, um die erneuerbaren Energien zu ergänzen. Gewiss gibt es auf diesem Gebiet noch viel zu tun. Aber warum werden die vorhandenen Speichertechnologien nicht genutzt? Im Thüringer Wald wollte das Energieunternehmen Trianel ein Pumpspeicherkraftwerk mit einer Leistung von 1 070 Megawatt bauen - vergleichbar also mit einem durchschnittlichen Atomkraftwerk. Bürgerinitiativen richteten sich gegen die dafür nötigen Eingriffe in die Landschaft, die CDU/CSU-Fraktion im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie verhinderte die Subventionierung des Vorhabens und ähnlicher Projekte. So schafft man Argumente für die Atomkraft - aber keine überzeugenden.